

Beschluss des Beirates Gröpelingen

Chancen der Neuplanung nutzen - ein kinder- und familienfreundliches Bad für den Bremer Westen schaffen!

1. Der Beirat Gröpelingen fordert die Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend, Integration und Sport auf, die Planungen für den Neubau des Westbades zu einem Familienbad in Abstimmung mit den Nutzergruppen neu aufzunehmen.
2. Der Beirat fordert den Senat und die Bremische Bürgerschaft auf, die dafür nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

An der Neuplanung sollen alle Nutzergruppen des Westbades einschließlich der nicht organisierten BesucherInnen beteiligt werden. Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Aktuelle Daten der Bevölkerungsentwicklung im Bremer Westen, insbesondere das Bevölkerungswachstum in Gröpelingen durch Zuwanderung vieler Familien mit Kindern.
2. Anpassung der Wasserflächen an die realen Bedarfe von Schulklassen und KiTa-Gruppen, Schwimm- und Gesundheitskursen, Schwimmvereinen und nicht organisierten BesucherInnen (Einplanung Nichtschwimmerbecken, Warmbecken/Kursbecken mit Hubboden, Lehrbecken mit Hubboden und vergrößertes Eltern-Kind-Becken, Option auf eine bauliche Ergänzung um einen Saunabereich offenhalten).
3. Erarbeitung eines familienfreundlichen Konzeptes, in dem alle Alters- und Geschlechtsgruppen im Westbad eine ihren Bedarfen entsprechende Beachtung finden (z. B. Schaffung eines Frauenbadetages/ Menschen mit Handycap).

Bremen, den 20.06.2018

(einstimmig gefasster Beschluss anlässlich der Beiratssitzung am 20.06.2018)

Offener Brief an die Senatorin für Sport

Westbad-Neubau: Ausbau statt Schrumpfkur!

Bremen, 22. Mai 2018

Sehr geehrte Senatorin Stahmann,

am 25. April haben sich sämtliche in der Bürgerschaft vertretenen Parteien in zwei verschiedenen, aber in der Zielstellung gleichen Beschlüssen dazu bekannt, dass mehr Bremerinnen und Bremer schwimmen können sollen. Gleichzeitig wird in einer gemeinsamen Erklärung der Senatorin für Sport, der Senatorin für Kinder und Bildung, der Senatorin für Gesundheit und vieler UnterstützerInnen vom 23.04.2018 „Alle Bremerinnen und Bremer sollen schwimmen können“ ein Maßnahmenbündel zur Verbesserung der Schwimmfähigkeit durch alle Altersgruppen vorgestellt.

Spätestens damit ist offensichtlich, dass die Neubaupläne für ein geschrumpftes Westbad nicht mehr haltbar sind. Wenn es nicht bei schönen Worten und unverbindlichen Absichtserklärungen bleiben soll, müssen deutlich mehr Wasserflächen und Übungszeiten verfügbar sein. Gerade in einem Stadtteil, der aufgrund seiner Bevölkerungsstruktur einen besonders hohen NichtschwimmerInnenanteil aufweist, wäre eine weitere drastische Reduzierung der Bäderlandschaft – nach der Verkleinerung des Freibads und der Schließung des Goosebad – nicht zu verantworten.

Gleichzeitig darf die erforderliche Ausweitung des Schwimmunterrichts nicht dazu führen, dass andere, für den Stadtteil zentrale Nutzungsmöglichkeiten zu kurz kommen und einem Verdrängungswettbewerb der verschiedenen Bedarfe und Nutzergruppen zum Opfer fallen:

In einem Stadtteil mit großen gesundheitlichen Problemen in weiten Teilen der Bevölkerung und einer deutlich niedrigeren Lebenserwartung als in besser gestellten Wohnvierteln müssen ausreichend gesundheitsförderliche Angebote – Sauna und Solebad eingeschlossen – vorhanden sein. Eine wachsende, jünger und vielfältiger werdende Bevölkerung braucht eine für unterschiedliche BesucherInnen wie z.B. Kinder, Familien, ältere Menschen attraktive Freizeiteinrichtung, die zur Gesundheitsförderung und Aufwertung des Wohngebiets beiträgt.

Diesen Anforderungen, die im Übrigen im Senatsbeschluss „Umsetzung Bäderkonzept“ vom 12.09.2017 als Vorgabe formuliert wurden, werden die derzeit vorliegenden Planungen nicht ansatzweise gerecht. Statt einer Reduzierung der Wasserflächen, dem Abbau der Aufenthaltsqualität für alle BesucherInnen und des Spassfaktors für Kinder und Jugendliche und dem Verzicht auf bewährte Angebote wie Sauna und Solebecken müssen die derzeitigen Nutzungsmöglichkeiten erhalten, ausgebaut und attraktiver gemacht werden – nicht zuletzt auch, damit langfristig ein wirtschaftlich vertretbarer Betrieb möglich wird. Auch die kürzlich bekannt gegebenen Probleme mit dem Baugrund und die damit verbundenen zusätzlichen Kosten dürfen nicht dazu führen, dass am Bedarf für den Stadtteil vorbeigeplant wird.

Wir fordern deshalb einen unverzüglichen Neustart der Planungen unter Beteiligung der verschiedenen Nutzergruppen einschließlich der nicht organisierten BesucherInnen des Bades.

Der Bremer Westen braucht ein bedarfsgerechtes Familienbad!

Erstunterzeichner:

Gesundheitstreffpunkt West

- Vorstand -

Gröpelinger Bibliotheksplatz

28237 Bremen

TURA Bremen e.V.

- Präsidium -

Bert-Trautmann-Platz/Lissaer Str. 60

28237 Bremen

Caritas Erziehungshilfe gGmbH
Garten Eden 2.0 - Die Jugendkirche Bremen
Gesamtschule West, Lissaer Straße 7
SPD Ortsverein Gröpelingen
Grundschule Am Halmerweg
Planungsbüro Naturspielraum
Quartiermanagement Gröpelingen
Kinderhaus Am Kammerberg
Kultur Vor Ort e.V.
Bürgerhaus Oslebshausen e.V.
Grundschule Auf den Heuen
VVN-BdA Bremen e.V.
Evangelische Gemeinde Gröpelingen und Oslebshausen
Junge Stadt gGmbH
Jugendfreizeitheim Gröpelingen
Oberschule an der Helgolander Straße
Stadtbibliothek Bremen West
Nachbarschaftshaus Bremen e.V.
Mädchen*zentrum Gröpelingen
Haus Narnia, Sozialwerk der freien Christengemeinde
Neue Oberschule Gröpelingen
Spiel- und Gemeinschaftshaus "Wilder Westen"
DAS Familien-Netz
SVGO Bremen e.V.
Evang. Kinderhaus Schnecke
Ganztagsschule an der Fischerhuder Straße
Ganztagsschule an der Oslebshauser Heerstraße

Stand 07.06.2018 es kann noch weiter gezeichnet werden! Info an westbad@gtp-west.de

Wir sind Findorff!



6. Juni 2018

Antrag: Barrierefreiheit im Nahversorgungszentrum Findorff

Der Beirat Findorff möge beschließen:

Der Fachausschuss „Soziales“ möge beschließen, dass auf der Route des Nahversorgungszentrums Hemmstraße Ausruhmöglichkeiten (Sitzbänke) geschaffen werden. Weiter wird eine Absenkung des Bordsteins auf der linken Seite der Einmündung zur Gandersheimer Straße gesehen, da Rollstuhlfahrer/-innen, Rollatornutzer/-innen und Kinderwagen einen Umweg über den Fahrradweg nehmen müssen, um diese Straße zu queren.

Es wird auch die Notwendigkeit gesehen, die Überquerungsmöglichkeiten analog der tatsächlichen Laufwegnutzung der Menschen einzurichten.

Begründung:

Neben der nahräumlichen Erschließung dienen Fußgängerverkehrsanlagen auch dem Aufenthalt, der Erholung sowie der Möglichkeit von sozialen Kontakten aller Nutzergruppen wie Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen, Senioren und aber auch mobilitätseingeschränkten Personen. Das Zufußgehen bzw. Rollen als elementare Art der Fortbewegung bildet den Ausgangspunkt der Mobilität und ist somit in vielfältiger Weise zu berücksichtigen.

Bei einem Stadtteilspaziergang der SPD Findorff und FinNetz wurde die Hemmstraße als Nahversorgungszentrum auf der Hauptachse Höhe Innsbrucker Straße bis Höhe Admiralstraße, in Bezug auf Barrierefreiheit und Erholungsmöglichkeiten in Augenschein genommen. Dazu gehört, neben Barrierefreiheit für alle Nutzergruppen, auch die Ausstattung mit Ruheplätzen.

Grundsätzlich sind alle Bordsteine an den Straßenübergängen abgesenkt, sodass ein Rollstuhl oder Kinderwagen die Fahrbahn gut überqueren kann. Lediglich auf der linken Seite der Einmündung in die Gandersheimer Straße, abgehend von der Hemmstraße, ist der Bordstein nicht abgesenkt. Hier müssen Rollstuhlfahrer/-innen einen Umweg über den Fahrradweg nehmen, um diese Straße zu überqueren. Dies birgt nicht nur Konflikte mit Radfahrer/-innen in sich, sondern auch die Gefahr für Kollisionen.

Ferner wurde festgestellt, dass nicht die kurzen Ampelphasen für Fußgänger das Problem sind, sondern die Laufwegnutzung der Menschen. Diese suchen immer die kürzeste Laufverbindung und nicht unbedingt die sicherste. Als Konsequenz müsste

Wir sind Findorff!



eine Möglichkeit der Überquerung der Straße, abhängig von der Laufwegnutzung der Menschen gestaltet werden. Dies würde im Besonderen die Überquerung der Straße von Geschäft zu Geschäft betreffen (Obere Hemmstraße, Überquerung von Rewe zu Aldi; untere Hemmstraße, Penny zu Rewe; Neukirchstraße, direkter Übergang zum Bürgerpark).

In Findorff leben Menschen jeden Alters. Allerdings beträgt der Anteil der Menschen über 60 Jahre ca. 30 Prozent. Bei vielen dieser Menschen kann man davon ausgehen, dass sie nur noch eingeschränkt mobil sind bzw. in den nächsten Jahren ihre Mobilität weiter einbüßen werden. Damit diese Nutzergruppe sich weiterhin zu Fuß bewegen kann, erfordert es Ausrüh- und Sitzgelegenheiten auf dieser Strecke. In Stadtzentrumgebieten empfiehlt die Forschungsgesellschaft für Straßen – und Verkehrswesen e.V. (FIS), Arbeitskreis 2.5.2 (Fußgänger) alle 300 Meter ein Angebot an Ausrühmöglichkeiten. Wir haben auf dieser Route einen Abstand von ca. 400 – 500 Metern zu der nächstgelegenen Sitzmöglichkeit gemessen.

Heidi Locke, Mokthar Hashemzadeh-Atouie und SPD-Fraktion im Beirat Findorff

Wir sind Findorff!



26. Juni 2018

Findorfftunnel neu gestalten – sofort!

Der Beirat Findorff möge beschließen:

Der Beirat Findorff fordert den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Stadtentwicklung auf, die Neugestaltung des Findorfftunnels, wie bereits im Innenstadtkonzept 2025 (Vorlage Nr. 18/328 – S vom 27.01.2014) erarbeitet und am 08.02.2017 durch einen Beschluss der Bremischen Bürgerschaft (Drs. 19/461 S vom 08.02.2017) als prioritäre Maßnahme nochmals bestätigt, sofort umzusetzen. Bis zum 31.08.2018 erwartet der Beirat Findorff einen Zeitplan, der vorrangig eine helle Beleuchtungsinstallation, die ein hohes Sicherheitsgefühl unterstützt sowie die Säuberung des Findorfftunnels, beinhaltet. Zum Gesamtkonzept gehört auch eine künstlerische Aufwertung des Tunnels, die im Rahmen einer sicheren und sauberen Stadt, zur Vermeidung von Graffiti und Angsträumen, mit in die Planung einfließen soll.

Begründung:

Der Findorfftunnel ist inzwischen für viele Bürgerinnen und Bürger zu einem Angstraum geworden, insbesondere aus folgenden Gründen:

- Der Tunnel ist dunkel – die Beleuchtung ist unzureichend.
- Der Tunnel ist stark verdreckt und z.T. mit Graffiti-Tags verunstaltet.
- Die Auto-Fahrbahn ist abgesenkt, Fuß- und Radwege schmal.

Zugleich ist der Findorfftunnel verkehrstechnisch von besonderer Bedeutung für Findorff und die angrenzenden Stadtteile und entsprechend stark frequentiert: Er ist eine Hauptverbindung zwischen Findorff, dem Faulen- und dem Stephani-Viertel und der Innenstadt. Die Bedeutung solcher stadträumlichen Verbindungen und namentlich des Findorfftunnels wurde u.a. im Innenstadtkonzept 2025 eindeutig herausgearbeitet. In seinem jetzigen Zustand stellt der Findorfftunnel allerdings eine Barriere dar. Die Neugestaltung des Findorfftunnels hat für den Beirat Findorff aus diesen Gründen höchste Priorität, zumal die finanziellen Mittel für diese Maßnahme bereitstehen.

Wir sind Findorff!



Um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil bei der Neugestaltung des Findorfftunnels zu vertreten, ist der Beirat Findorff/Bauausschuss in das weitere Verfahren eng einzubeziehen.

Gönül Bredehorst die und SPD-Fraktion im Beirat Findorff

Beirat Findorff möge beschließen:

Der Beirat Findorff fordert die Senatorin für ^{Gesundheit} ~~Gesundheit~~, Wissenschaft und Verbraucherschutz auf, die Umsetzung des „Modellkonzepts zur regionalen psychiatrischen Behandlung und Betreuung von Menschen mit schweren akuten und chronischen psychischen Erkrankungen sowie komplexem Hilfebedarf im Bremer Westen“ aktiv voranzutreiben.

Das Modellkonzept fußt auf dem einstimmig gefassten Bürgerschaftsbeschluss vom 13.01.2013 zur Weiterentwicklung der Psychiatriereform. Seine Umsetzung erfordert u.a.

- einen generellen Paradigmenwechsel von der stationären zur ambulanten Versorgung
- den Ausbau ambulanter, lebensweltbezogener Versorgungsstrukturen
- den gleichzeitigen Abbau stationärer Angebote
- die Schaffung eines regionalen Psychiatriebudgets
- eine verbindliche trägerübergreifende Kooperation, die sowohl die Kliniken, Heime und Tagesstätten als auch das Behandlungszentrum West, die GAPSY und weitere Akteure einbezieht
- die Einrichtung eines Zentrums für Seelische Gesundheit.

Der Beirat Findorff sieht durch die Schaffung der im vorliegenden Modellkonzept beschriebenen Leistungsangebote die notwendige verbesserte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung des Bremer Westens gewährleistet.

Begründung:

Nationale und internationale Erfahrungen zeigen, dass eine sozialraumorientierte, aufsuchende, multiprofessionelle gemeindepsychiatrische Betreuung und Behandlung gerade von Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen die Belastungen der Erkrankten und ihrer Angehörigen deutlich verringern. Dieses zeigt sich u.a. in einer Reduzierung der Notwendigkeit bzw. der Verkürzung stationärer Aufenthalte, der Verringerung von Behandlungsabbrüchen sowie einer höheren Zufriedenheit von Erkrankten und ihren Angehörigen.

Der Umbau des Versorgungssystems hin zur stärkeren ambulanten Betreuung und lebensweltbezogenen Unterstützung ist seit Jahren in Bremen als politisches Ziel formuliert. Da aufgrund der Komplexität der erforderlichen Reformen eine flächendeckende Neuaufstellung nicht kurzfristig umsetzbar ist, sollte diese modellhaft im Bremer Westen geschehen. Die hier bereits gut entwickelten und bewährten Strukturen, durch den Gemeindepsychiatrischen Verbund Bremen (GPV) West und darüber hinaus bieten ideale Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung des Konzepts zum Wohle der Erkrankten und Ihrer Angehörigen.

Anja Wohlers